

Universität Fribourg
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
15.6.2010

| |
|--|
| Name: |
| Vorname: |
| Note: |
| Datum und Unterschrift des Professors: |
| Finanzwissenschaft, BA |
| Prof. Eichenberger |

Schriftliche Prüfung in Finanzwissenschaft
Bachelorkurs, 2. Jahr, FS 2010

Prüfungszeit: **60 Minuten**. Beantworten Sie **ZWEI** der vier Fragen.

Ihr Vorgehen

- Beginnen Sie **NICHT** sofort zu schreiben!
- Wählen Sie Ihre zwei Fragen sorgfältig aus (ca. 5 Min.) und teilen Sie Ihre Zeit auf.
- Lesen Sie die Frage sehr gut durch.
- Überlegen Sie Ihre Antworten gut und skizzieren Sie sie in einem „Mindmap“ oder Stichworten (ca. 15-18 Min.).
- Beginnen Sie erst mit dem Schreiben (ca. 7-10 Minuten), wenn Ihre Antwort gut strukturiert ist. Gute Antworten sind **KNAPP** und **PRÄZISE**. Die Fragen sind so gestellt, dass sie auch auf **EINER SEITE** perfekt beantwortet werden können.
- Schreiben Sie **GUT LESERLICH**. Unleserliches kann nicht bewertet werden. Benützen Sie Stichworte, wo es die Verständlichkeit erlaubt.

Unsere Bewertung

- Jede Frage wird einzeln benotet. Der Durchschnitt ergibt die Gesamtnote.
KÜRZE UND KLARHEIT WIRD POSITIV, UNNÖTIGE LÄNGE UND UNKLARHEIT NEGATIV BEWERTET.

1. Steuerpolitik

- a) Die SP will eine Besteuerung hoher Boni im Finanzsektor und schlägt dafür vor, dass die Zahlungen für hohe Boni bei der Unternehmung steuerlich nicht mehr wie Löhne, sondern wie Gewinnausschüttungen behandelt werden. Weshalb kann dies einen Einfluss auf die Höhe der Bonuszahlungen haben?
- b) Die SVP ist angeblich auch gegen die hohen Boni. Sie findet es aber nicht richtig, dass wie beim Vorschlag der SP Firmen, die hohe Boni bezahlen, noch mehr Steuern bezahlen müssen. Sie schlägt deshalb vor, die Bonisteuer so auszugestalten, dass die Manager die Steuer tragen müssen, also z.B. als Zuschlag bei der Einkommenssteuer. Kommentieren Sie das Vorhaben.
- c) Im Rahmen der Mehrwertsteuerreform setzt sich der Bundesrat für einen einheitlichen Steuersatz und möglichst wenig Ausnahmen ein. Weshalb? Bisher unterlag der Kauf und Verkauf von Gold keiner Mehrwertsteuer. Damit stellt sich die Frage, ob der Goldhandel im Rahmen der Mehrwertsteuerreform ebenfalls der Mehrwertsteuer unterstellt werden soll oder nicht. Kommentieren Sie.

2. Krippensubventionen

Kritisieren Sie folgende Aussage aus ökonomischer Sicht:

„Studien über die Auswirkungen von staatlichen Subventionen für Kinderkrippen zeigen, dass diese auch für die Steuerzahler eine lohnende Investition sind. Die Steuereinnahmen aus den Einkommen der Krippenangestellten und den Mehreinkommen, die die Eltern dank der Fremdbetreuung ihrer Kinder erzielen können, sind grösser als die staatlichen Subventionen. Deshalb sollte der Staat die Krippensubventionen erhöhen, so dass mehr Kinder in Krippen betreut werden können.“

... auf der nächsten Seite geht es weiter ...

3. Gesundheitspolitik

a) In der Schweiz, aber auch in vielen anderen Ländern, steigen die Gesundheitskosten seit vielen Jahren stark an. Versuchen Sie, das aus ökonomischer Sicht zu erklären.

b) Das Schweizer Gesundheitswesen baut auf dem Gedanken der Solidarität auf. Deshalb fordern viele Politiker, dass die Prämien für die obligatorischen Grundversicherungsleistungen je Krankenkasse für alle Erwachsenen gleich hoch sind, d.h. dass Männer und Frauen sowie Alte und Junge bei ein und derselben Versicherung einheitlich sind. Was sind die Probleme, wenn diese Art der Solidarität gesetzlich festgeschrieben wird?

4. Institutionelle Reformen

Die Schweiz ist zwar immer noch eines der reichsten Länder der Welt, aber ihr Wirtschaftswachstum war von 1970 bis 2000 tiefer als das der meisten vergleichbaren Ländern. Während das Wachstum von 1970 bis 1990 noch einigermaßen normal war und auch gut mit dem sehr hohen Ausgangsniveau erklärt werden kann, ist das Wachstum im „verlorenen Jahrzehnt von 1990 bis 2000“ sehr viel tiefer als in den anderen Ländern. Die Ursache für diese eigentliche Krise in den 90er Jahren sehen manche Beobachter wie z.B. Avenir Suisse in den spezifisch schweizerischen Institutionen. Deshalb fordern Sie institutionelle Reformen.

Welches sind diese spezifisch Schweizerischen Institutionen? Was sagen Sie aus ökonomischer Sicht zum vermuteten Zusammenhang Institutionen-Wirtschaftswachstum und was zum entsprechenden Reformbedarf?